



HESSISCHER LANDTAG

23. 11. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Aussetzung von Wehr- und Zivildienst mit Neukonzeptionierung der Freiwilligendienste verbinden

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das Engagement junger Menschen im Rahmen der Freiwilligendienste eine besondere Anerkennung verdient und eine förderungswürdige Leistung an der Gesellschaft darstellt. Diese freiwillige Arbeit trägt zudem zur persönlichen Weiterentwicklung und Bildung junger Menschen bei.
2. Der Landtag stellt fest, dass es angesichts der nunmehr geplanten Aussetzung des Zivildienstes aufgrund der geplanten Bundeswehrreform dringender denn je ist, ein überzeugendes Konzept für den Ausbau der Freiwilligendienste vorzulegen. Dabei sind die bestehenden Länderkompetenzen zu wahren.
3. Bei der Erstellung des Konzeptes sollen folgende Ziele beachtet werden:
 - a) Die Einführung eines bundesweiten Freiwilligendienstes mit einheitlichen Regelungen für alle Freiwilligendienste (u.a. FÖJ, FSJ, FSJ Kultur, FSJ Politik, Freiwilliges Soziales Jahr in der Demokratie, FSJ im Sport, FSJ in der Denkmalpflege, Europäischer Freiwilligen Dienst, "kulturweit" und "weltwärts" sowie den "Freiwilligendienst aller Generationen") und damit Verhinderung von Doppelstrukturen.
 - b) Eine klare Regelung der Kompetenzen des Bundes und der Länder, bezogen auf die Festlegung der Rahmenbedingungen (Finanzierung und Dauer), neue Einsatzfelder, Beibehaltung der Zuständigkeiten der Länder für die Anerkennung der Träger und die Durchführung der Freiwilligendienste vor Ort.
 - c) Eine deutliche Erweiterung der Einsatzfelder, etwa in Politik, Kultur, Justiz, Integration, Wissenschaft, Bildung, Gesundheit und weiteren öffentlichen Institutionen.
 - d) Die Einrichtung einer Kommission bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, der Sozialverbände und des Landes zur Konsensfindung der Einsatzfelder.
4. Der Landtag spricht sich gegen die Absicht der Bundesfamilienministerin aus, einen staatlich organisierten "freiwilligen Zivildienst" einzuführen. Dies würde zu teuren Doppelstrukturen führen und keine langfristige Perspektive für die am Engagement interessierten jungen Menschen bieten. Stattdessen sind die frei werdenden Finanzmittel in den Ausbau der bestehenden Strukturen der Freiwilligendienste zu überführen.

Begründung:

Am 18.11.2010 hat Bundesfamilienministerin Schröder ein Konzept vorgestellt, das einen Freiwilligendienst auf Bundesebene neben den bisherigen Freiwilligendiensten vorsieht. Damit entsteht dauerhaft eine Doppelstruktur mit unterschiedlichen Zuständigkeiten, Finanzierungen und Entgelten für die Freiwilligen.

Die Bundesregierung steht kurz vor der Aussetzung der Wehrpflicht, welche eine gleichzeitige Aussetzung des Zivildienstes bedeuten würde. In Hessen haben im Schuljahr 2009/2010 3.427 junge Männer und Frauen ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert. Die Träger in Hessen schätzen, dass sie aufgrund der hohen Nachfrage doppelt so viele Stellen mit Freiwilligen besetzen könnten (Vgl. Drs. 18/1881). Im Januar 2010 haben 5.957 Männer ihren Zivildienst in Hessen geleistet.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht würden entsprechende Bundesmittel frei (insbesondere durch Wegfall des § 14c ZDG), die den bestehenden Freiwilligendiensten zugute kommen können (vgl. Drs. 18/1848). Die Überlegungen der Bundesfamilienministerin, einen "Freiwilligen Zivildienst" neben der bewährten Struktur der Freiwilligendienste (FSJ, FÖJ, Freiwilliges Jahr an der Schule, im Denkmalschutz, im Sport usw.) einzuführen, sind abzulehnen, da sie zu einer teuren Doppelstruktur führen. Stattdessen sind die künftig zur Verfügung stehenden Finanzmittel in den Ausbau der bestehenden Freiwilligendienste umzuwidmen.

Der quantitative Ausbau der Freiwilligendienste muss mit einer Ausweitung der Einsatzorte und der Verbesserung der Qualität einhergehen und zur Erhöhung der Attraktivität der Freiwilligendienste führen. Auch in Hessen müssen mehr Plätze geschaffen werden, die vor allem dem Gewinn von Lebenserfahrung und sozialen Kompetenzen der Teilnehmerinnen und Teilnehmern dienen sollen und für mehr Jugendliche durch die Ausweitung der Einsatzorte attraktiver werden.

Wiesbaden, 23. November 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir